

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Cramer, Berlin SW 61, Lantowstraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Friedenau, MühlstraÙe 2 • Druck: Westrup-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, MühlstraÙe 7 • Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90, Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühren • Anzeigenpreisliste 3 • J. v. B. g. • Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohrstr. 46 (Telefon B 5 BorsdorferstraÙe 0914) zu richten

Nr. 12

Berlin, den 15. Juni 1936

12. Jahrgang

Das neue Regierungslager

Die Erwartung der Oberstengruppe, daß Polen über kurz oder lang zum autocratischen Regime werde zurückkehren müssen, hat sich als richtig erwiesen. Diese Rückkehr hat sich freilich etwas anders vollzogen, als es der Erwartung der Oberstengruppe entsprach. Die persönliche Stellung des Obersten Beck hat sich durch die Regierungsumbildung gefestigt: An die Stelle des frankophilen Generals Borecki ist als Industrie- und Handelsminister ein Vertreter des Außenministers, Roman, getreten. Im übrigen aber hat sich die Oberstengruppe nicht so recht in den Gang der Dinge einzuschalten vermocht. Die Führung der polnischen Innenpolitik hat, in der Person des Generals Rydz-Smigly, die Armee übernommen. Vor dieser Führung verlieren die Gegensätze, die seit dem Herbst v. J. in immer unverhüllterer Form innerhalb des ehemaligen Regierungskollegiums hervortraten, an aktueller Bedeutung. So ist auch die Idee der Elite, auf die sich die innerpolitischen Wortführer der Oberstengruppe versteift hatten und auf der das Wahlrecht des vergangenen Jahres aufgebaut war, wenigstens bis auf weiteres keine Angelegenheit mehr, über die sich ernsthafte Unterhaltungen lohnen.

Daß eine Regierung, die sich, wie die des Generals Skladkowski, unmittelbar auf eine moralisch intakte Armee stützen kann, die Macht sicher und fest in der Hand hat, steht außer Frage. Aber der Vollbesitz der materiellen Machtmittel reicht noch nicht aus. Auch die Regierung Skladkowski ist, ebenso wie ihre gescheiterte Vorgängerin, vor die Aufgabe gestellt, sich eine breite Grundlage in der Volksgemeinschaft zu schaffen. Darum, wie das geschehen kann, wird in den führenden Kreisen Polens zur Zeit still und ernsthaft gerungen. „Das Kabinett“, hat Skladkowski gesagt, „das ich zu vertreten die Ehre habe, wird in keinem Fall nach links, also zu denjenigen hinsteuern, die zwar eine schöne Tradition des Kampfes um die Unabhängigkeit, die schöne Tradition des Krieges mit den Bolschewisten haben, jetzt aber mit den Kommunisten verhandeln und mit ihnen Nichtangriffspakte abschließen. . . Aber meine Regierung wird sich auch nicht nach der extremen Rechten hin orientieren, die einst ihre nationalen Ideale im Schatten des zaristischen Rußland anbrachte, aber nach dem Zerfall dieses Kolosses kein zeitgemäßeres und in diesem Augenblick realeres Symbol fand als das einst schöne und gefährliche Schwert Cheobrens. . .“ Diese Worte des Ministerpräsidenten enthalten eine klare Absage an die Sozialdemokraten auf der einen und die Nationaldemokraten auf der anderen Seite. Wie sich die Regierung zur bäuerlichen Volkspartei einstellen wird, steht noch nicht fest. Sicher ist nur, daß Witos, der Führer dieser Partei, nicht nach Polen zurückkehren darf.

Die Frage ist nur, was die Regierung den oppositionellen Parteien außer ihrer nicht anzuzweifelnden physischen Macht entgegenzusetzen vermag. Sicher wirkt der Eindruck der soldatischen Festigkeit und Entschlossenheit, den die Regierung Skladkowski bietet,

lähmend auf die Entschlußkraft und Kampffähigkeit ihrer politischen Gegner. Aber die Opposition gibt sich durchaus nicht geschlagen. Die Nationaldemokratie ist als weltanschaulicher Faktor tief und fest vor allem in den Kreisen der Intelligenz und der aktivistischen Jugend verankert. Der politische Katholizismus beherrscht breite Massen des Volkes. Die alte Sozialistische Partei hat vor kurzem, sich aus jahrelanger Ermattung aufraffend, den Abschluß eines „Nichtangriffspaktes“ mit den Kommunisten beschloffen, sich damit also, wenn auch in anderer Form als es in Spanien und Frankreich geschehen ist, zum Volksfrontgebanten bekannt. Und die bäuerliche Volkspartei hat kürzlich in mehreren hundert Versammlungen, die sie am gleichen Tage und unter der gleichen, keineswegs regierungsfreundlichen Parole im ganzen Lande veranstaltet hat, durch das Aufgebot mehrerer hunderttausend Bauern die Kraft demonstriert, die sie unter Umständen in die Waagschale der innerpolitischen Entscheidungen zu werfen vermag. Das sind, wie auch die Kommunisten, Faktoren, die trotz der Bajonette, über die die Regierung verfügt, als politisch-weltanschauliche Energien nicht gering geschätzt werden dürfen.

Składkowski geht bei seinem Bemühen, sich eine tragende Verbindung zur Volksgemeinschaft zu schaffen, von günstigeren Voraussetzungen als sein Vorgänger aus. Nicht nur weil er als Vertrauensmann Rydz-Śmigłys die Armeehinter sich hat, sondern auch, weil er sich, anders als Koscialkowski, auf eine zuverlässige Presse zu stützen vermag und weil sich das unter Koscialkowski zerbröckelnde ehemalige Regierungslager wieder zu konsolidieren beginnt. Die Regierung Składkowski ist gleichsam eine interne Koalition aller zum alten Sanierungsblock gehörenden Gruppen. Die früher offen zutage getretenen Gegensätze innerhalb dieses Lagers sind latent freilich auch jetzt noch vorhanden; der „Goniec Warszawski“ hat z. B. mit Recht eine dualistische Konstruktion des derzeitigen Kabinetts festgestellt, in dem der Ministerpräsident Składkowski den Willen des Generalinspektors, der stellvertretende Ministerpräsident Kwiatkowski aber den Willen des Staatspräsidenten repräsentiert. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, daß diese an sich vorhandene innere Spannung so bald wieder offen ausbrechen wird, da keine der zum alten Sanierungsblock gehörenden Gruppen sich der Gefahr aussetzen möchte, durch den stärkeren Partner aus der bekommenen Teilhaberschaft an der Macht in das unzuträgliche Klima der Opposition befördert zu werden.

Der im Herbst v. J. aufgelöste „Unparteiliche Block“ soll auf irgendeine Weise organisatorisch wieder hergestellt und durch die Heranziehung ideell gleichgerichteter Organisationen gegen rechts und links abgestützt werden. Hierbei wird vor allem an die verschiedenen halb-militärischen Verbände gedacht, an die Verbände der Legionäre, Kriegsteilnehmer, Aufständischen usw., die unter möglichst einheitlicher Leitung zusammengefaßt und je nach Eignung politisch eingeseft werden sollen. Mit der Aufgabe, diese Organisation durchzuführen, ist Oberst Kor betraut worden, der bisherige Präsident der Bank von Polen, der auf diese Weise in eine neue politische Position eingerückt ist, und dem zur Erledigung dieser Aufgabe ein ganzer Stab von Generalen und Obersten zur Seite gestellt worden ist. Die auf diese Weise erstrebte Konsolidierung der zur Regierung stehenden Kreise bedeutet freilich noch keinen wirklichen Einbruch in die Fronten der innerpolitischen Opposition. Hierzu ist es notwendig, daß die Regierung einmal mit einer tragenden Idee und zum anderen mit praktischen Erfolgen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet aufwarten kann.

Es ist interessant, zu beobachten, wie sich der zwar nicht als Einheitspartei, aber als streng disziplinierte und autoritäre und autokratische geführte Gemeinschaft gedachte neue Regierungsblock eine ideale Basis zu schaffen versucht, von der aus er seine politische Offensive gegen die Opposition durchführen kann. Die Prinzipien dieses Blockes hat Składkowski in seiner Sejmrede mit folgenden Worten umschrieben: „Die Epoche des Genies des Kommandanten ist mit seinem Tod nicht abgeschlossen worden. Wir leben weiter in dieser Epoche; wir besitzen einen Führer, den der Kommandant zum Hüter der Grenzen der Republik bestellt hat und der gleichzeitig eine wachsame Aufsicht über die Seele des Volkes ausübt. Diesem Führer müssen wir alle unsere Kräfte hingeben, ihm ebenso den letzten Blutstropfen opfern, wie wir dies für den Kommandanten getan haben. Rydz-Śmigły verspricht uns nicht irgendwelche neuen Wäuden, sondern er gibt uns den harten Befehl: Man muß ein hartes Leben beginnen.“ Das heißt, daß in Zukunft der

Generalinspekteur der Armee in jeder Hinsicht die Stellung, die früher Pilsudski befallen hat, einnehmen soll: als Oberbefehlshaber des Heeres, als autoritärer politischer Führer und als moralischer Erzieher des polnischen Volkes.

Die Idee, von der der neue Regierungsblock beherrscht sein soll, ist die Idee der soldatischen Pflichterfüllung auch in politischen Dingen und der selbstlosen Hingabe an die Gemeinschaft, „die Idee des strengen Lebens“, wie es Stypczyński, „die Parole der Verteidigung Polens“ wie es Rydz-Śmigły ausgedrückt hat. Es ist eine Idee, die der soldatischen Grundhaltung der aus der Armee kommenden Männer entspricht, die aber zu dem tief verwurzelten, in der ganzen polnischen Geschichte wirksamen Individualismus des polnischen Menschen im Widerspruch steht. Dieser Individualismus läßt sich durch Worte nicht überwinden. Seine Überwindung muß vorgelebt werden. Das hat der Marschall getan. Und das versprechen jetzt die Männer, die durch die Schule seiner Erziehung gegangen sind, gleichfalls zu tun. Es wird für die Zukunft Polens entscheidend sein, ob sie instande sein werden, den politischen Individualismus unter das Gezeß des Dienstes an der Gesamtheit zu zwingen. Dr. R.

Das Memeldeutschtum hat sich behauptet

Die Memeler Stadtverordnetenwahlen vom 26. Mai d. J. haben, wie von vornherein zu erwarten war, eine klare Mehrheit für die deutsche Gemeinschaftsliste ergeben. Von 40 Sitzen hat die Gemeinschaftsliste 25 errungen. Es waren im ganzen acht Listen aufgestellt worden. Der deutschen Gemeinschaftsliste standen vier offen als litauisch gekennzeichnete, bezw. mit diesen verbundene Parteien gegenüber sowie drei Splittiergruppen, die sich — abgesehen von der Sozialdemokratischen Partei — nach den Namen ihrer Listenführer benannten. Die Aufstellung der Splittiergruppen war von litauischer Seite in der Erwartung begünstigt worden, daß es mit ihrer Hilfe gelingen werde, Uneinigkeit und Verwirrung ins deutsche Lager zu tragen.

Die Wahlbeteiligung hat nach amtlicher Berechnung 86,53 v. H. betragen, ist in Wirklichkeit aber wohl um einige Hundertteile höher gewesen, da in den Stimmlisten zahlreiche verstorbene, verzogene oder nicht wahlberechtigte Personen aufgeführt waren. Insgesamt haben 23 541 Personen gewählt. Die abgegebenen Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Listen (in Klammern die Zahlen der gewählten Stadtverordneten) wie folgt:

Gemeinschaftsliste	14 601	(26)
Litauische Volkspartei	2 902	(5)
Lit. Arbeiterpartei (Liste Ciupinas)	2 404	(4)
Lit. Arbeiterpartei (Liste Pranaitis)	1 350	(2)
Sozialdemokraten	964	(1)
Liste Schlegat	598	(1)
Liste Szardenings	478	(1)
Liste Raszawik	446	(1)
Ungültige Stimmen	98	

Die vier litauischen Listen (Volkspartei, Ciupinas, Pranaitis und Raszawik) haben zusammen 7 002 Stimmen und 12 Sitze auf sich vereint. Die unbundenen Splittierlisten (Sozialdemokraten, Schlegat und Szardenings) haben zusammen 2 040 Stimmen und 3 Sitze erhalten. Dem stehen 14 601 Stimmen und 26 Sitze der deutschen Gemeinschaftsliste gegenüber. Durch die Splittiergruppen sind dem deutschen Lager etwa 2 000 Stimmen verloren gegangen. Daß die Sozialdemokraten nur einen Sitz im Stadtparlament erringen konnten, ist für die litauischen Faktoren des Memelgebietes, die gerade von dieser national indifferenten Liste einen starken Einbruch ins deutsche Lager erhofft hatten, eine bittere Enttäuschung gewesen.

Die litauischen Parteien haben im Vergleich zu den früheren Wahlen recht erheblich an Stimmen gewonnen. Bei den Memeler Stadtverordnetenwahlen von 1930 hatten sie 2 480, bei den Wahlen von 1933 4 540 Stimmen erzielt; jetzt haben

ste es, wie erwähnt, auf 7000 Stimmen gebracht. Ihr Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen, der jetzt 30 v. H. beträgt, hat sich im Laufe der letzten sechs Jahre etwa verdoppelt. In demselben Verhältnis ist die Zahl der litauischen Sitze in der Memeler Stadtverordnetenversammlung gestiegen; von 6 im Jahre 1930 über 9 im Jahre 1933 auf 12 bei den jetzigen Wahlen.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß dieses Anwachsen der litauischen Stimmen seine Ursache nicht in einem nationalen Stimmungsumschwung der alteingesessenen Memeler Bevölkerung hat. Vielmehr geht dieser Stimmenzuwachs ausschließlich auf die beträchtliche Zuwanderung landfremder Elemente aus Großlitauen zurück, die sich vor allem im Memeler Stadtgebiet konzentriert. Es kommt hinzu, daß das dort vorhandene litauische Element bei den letzten Wahlen durch eine ausgiebige Propaganda und straffe Organisation so gut wie restlos erfaßt worden ist, während der Anteil der Nichtwähler fast ausschließlich auf das deutsche Lager entfällt. Wie schon bei den Landtagswahlen im Herbst v. J., so hat die deutsche Gemeinschaftsliste auch jetzt bei den Stadtverordnetenwahlen keinerlei Propaganda zu entfalten vermocht; deutsche Wahlversammlungen waren grundsätzlich verboten; die einzige deutsche Zeitung des Memelgebietes wurde in der Vorwahlzeit mehrmals beschlagnahmt. Dagegen war die litauische Agitation nicht nur keinerlei behördlichen Beschränkungen unterworfen, sondern erfreute sich überdies noch der lebhaftesten aktiven Unterstützung durch die amtlichen Stellen; Rundfunk, Presse und Versammlungstätigkeit wurden in den Dienst des Kampfes gegen die propagandistisch wehrlose deutsche Gemeinschaftsliste gestellt. Trotz allem hat sich das alteingesessene Memeler Element auch bei diesen Wahlen behauptet: Im Vergleich zu 1933 hat das nationaldeutsche Lager (damals: Christlich-soziale Arbeitsgemeinschaft und bürgerliche Parteien, heute: Gemeinschaftsliste) 2568 Stimmen gewonnen. Das Lager der marxistischen und national unklaren Splittiergruppen hat etwa 650 Stimmen verloren. Das litauische Lager hat 2490 Stimmen gewonnen. Aus dieser Gegenüberstellung geht klar hervor, daß der Zuwachs der litauischen Stimmen nicht aus den Reihen der alteingesessenen Memeler Bevölkerung, sondern nur aus dem Zug aus Großlitauen herfließen kann.

Eine Serie von Überfällen

Es ist nützlich, von Zeit zu Zeit die sprichwörtlich „gute Behandlung“, der die Deutschen in Polen ausgesetzt sind, durch die Zusammenstellung einer Serie charakteristischer Ereignisse zu illustrieren. Nützlich ist das nicht nur, weil die in Deutschland erscheinende polnische Presse sich bei ihren Beschwerden und Forderungen gern auf die entsprechenden Zustände in Polen beruft, sondern auch deshalb, weil man hin und wieder immer noch Leuten begegnet, denen es als selbstverständlich erscheint, daß die polnische Öffentlichkeit unter dem Eindruck des Gewaltverzichtsabkommens mit Deutschland ihre schroffe Einstellung zu dem in ihrem Staate heimatberechtigten Deutschtum bereits in der gebotenen Weise modifiziert hat. Nachstehend sei eine derartige Serie unerfreulicher, leider aber immer noch charakteristischer Ereignisse zusammengestellt.

Am 17. Mai wurde eine Gruppe von Jungdeutschen, die von einem Kameradschaftsabend in Dreilinden (Kreis Culmsee) heimkehrte, von einer mit Knüppeln, Zaunlatten und Messern bewaffneten Horde polnischer Burschen überfallen; fünf Deutsche wurden verwundet. Am 21. Mai überfiel ein Trupp von 20 bis 30 Polen in Turse bei Ditschau eine jungdeutsche Versammlung; die Polen schlugen mit Stuhl- und Tischbeinen auf die im Saal versammelten deutschen Teilnehmer ein; mehrere Personen wurden verletzt. Am 24. Mai drangen etwa 100 mit Schlagringen und Stichwaffen ausgerüstete Polen in eine jungdeutsche Versammlung in Rakulin (Kreis Wongrowitz) ein; zahlreiche Deutsche wurden verprügelt. Zugleich wurde in Bülowshöhe in der Tucheler Heide ein Vergnügen der Jungdeutschen Partei, an dem auch Deutsche aus den benachbarten Dörfern und aus Neuenburg teilnahmen, von einer mit Knüppeln bewaffneten polnischen Bande auseinandergeprengt; auch hier gab es auf Seiten der überfallenen Deutschen Verletzte; außerdem wurden einer Reihe von Teilnehmern die Fahrräder und Mäntel gestohlen.

Gleichfalls am 24. Mai wurde von etwa 200 uniformierten Ausländischen in Rydzultau (Ostoberschlesien) ein Ueberfall auf eine Veranstaltung der Jungdeutschen Partei durchgeführt; mit Knüppeln, Dohsenziemern und Messern fielen die Polen über die Versammelten her; etwa 70 Deutsche wurden, darunter mehrere durch Messerstücke, verletzt. Am 25. Mai wurde in Friedenshütte (Ostoberschlesien) ein deutscher Gemeindevorsteher, der von einer Familienfeier heimkehrte, von einem Ausländischen angerempelt, beschimpft und schließlich durch zwei Schläge mit dem Revolverkolben im Gesicht erheblich verletzt. Am 3. Juni versuchten drei Polen um Mitternacht gewaltsam in die Wohnung eines Mitgliedes der Jungdeutschen Partei in Bielepole (Ostoberschlesien) einzudringen; als ihnen das nicht gelang, rissen sie den Gartenzaun nieder und warfen acht Jaunlaten durch das Fenster ins Schlafzimmer; durch die Glassplitter trug der 12jährige Sohn des Deutschen, dessen Bett in der Nähe des Fensters stand, Schnittwunden im Gesicht davon. Dann warfen die Polen im Nachbarhaus, in dem die Schwägerin des Ueberfallenen wohnte, mit Ziegelsteinen die Fenster ein.

Rechnet man diese Ueberfälle zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß in dem kurzen Zeitraum von 14 Tagen in Polen etwa 100 deutsche Volkstumsangehörige von aufsteigenden polnischen Burschen mehr oder weniger schwer verletzt worden sind. Besser als durch eine solche nüchterne Aufstellung läßt sich das ewige Gerede von der „guten Behandlung“ der Deutschen in Polen wohl kaum widerlegen. Die maßgebenden Leute des Polenbundes, die ihre Lage damit verbringen, über die Behandlung der Polen in Deutschland zu klagen, hätten allen Grund, Gott auf Knien dafür zu danken, daß Deutschland an ihnen nicht Gleiches mit Gleichem vergilt. 100 verletzte Deutsche in 14 Tagen! Gegenüber dieser traurigen Bilanz wird alles, was der spitzfindige Van Skala in seinen theoretischen Klugeleien an der Volkstumspolitik des Dritten Reiches auszusehen hat, zu böswilliger Mißnahme. Bei den Leuten, die die Ueberfälle auf die Deutschen durchgeführt haben, hat es sich nicht etwa um Anhänger der oppositionellen Parteien, sondern um Parteigänger der Regierung gehandelt, für deren Tun die örtlich maßgebenden Faktoren die Verantwortung nicht ablehnen können. Der organisierte Ueberfall auf die jungdeutsche Veranstaltung in Rydzultau z. B. ist von zum Teil uniformierten und geschlossenen anmarschierenden Abteilungen des Ausländischenverbandes ausgeführt worden, also eines Verbandes, der nach der wiederholten Feststellung des Wojewoden Grazynski das eigentliche staatstragende Element in Ostoberschlesien ist. Die Ueberfälle können nicht als Stimmungsausbrüche unerantwortlicher Elemente abgetan werden. Es ist die im Regierungslager stehende Lokalpresse gewesen, die zu den Gewalttätigkeiten gegen die deutsche Volksgruppe aufgehetzt hat. Mehrfach ist in letzter Zeit in der „Polaka Zachodnia“, dem Organ des Wojewoden Grazynski, die blutige Niederknüpfung deutscher Volksgenossen als moralisch gerechtfertigt und im Interesse der polnischen Staatsraison liegend hingestellt worden. So hat es z. B. in einer Auslassung dieses Blattes, die sich mit dem Ueberfall eines Ausländischen auf einen deutschen Volkstumsangehörigen am 2. Osterfeiertage befaßte, geheißen: „Es zeigt sich, daß nur der Stolz und der Knüppel die unerschämten deutschen Typen im Zaume zu halten vermögen“. Von der gleichen, man kann nur sagen: banditenhaften Besinnung sind auch die Kommentare diktiert, die dieses Blatt an die Rydzultauer Affäre geknüpft hat. Den Ausländischen, die mit Knüppeln, Dohsenziemern und Messern über die auch von zahlreichen Frauen besuchte deutsche Versammlung herfielen, hat die „Polaka Zachodnia“ geradezu Anerkennung gezollt. „Endlich“, so heißt es da u. a., „haben die Ausländischen den Jungdeutschen eine solche Lehre gegeben, daß diese es sich in Zukunft dreimal überlegen werden, sich zu einer neuen Provokation aufzuraffen. . .“ Der Ueberfall soll also von den deutschen Teilnehmern der Veranstaltung „provokiert“ worden sein. Man fragt sich natürlich, wodurch sich die „harmlosen“ Parteigänger des Wojewoden in ihren nationalen Gefühlen etwa haben „provokiert“ fühlen können. Von den versammelten Deutschen hat sicherlich keiner daran gedacht, ihnen etwas zuleide zu tun. Aber aus den Ausführungen der „Polaka Zachodnia“ kann man entnehmen, daß sie und ihre Besinnungsgenossen es bereits als „provokierend“ und „strafwürdig“ empfinden, wenn sich Deutsche, die in Polen durch ihrer Hände Arbeit ihr künftiges Brot verdienen, treu zu ihrem Volkstum bekennen und in deutschen Organisationen

Mitglieder sind. Nirgends in der polnischen Presse hat es für die Ueberfälle von Dzielinden, Lucze, Rakulin, Bülowscheide, Rydultau, Friedenohütte und Wielepole ein Wort des Bedauerns für die Deutschen oder ein Wort der Mißbilligung für die Täter gegeben. Man wird abwarten müssen, wie sich die Regierung Skladkowski gegen dieses Treiben der deutschfeindlichen Elemente durchzusetzen vermag.

Die polnische Rüstungsindustrie

(Fortsetzung und Schluß)

Der Aufbau des mittelpolnischen Rüstungszentrums

Die von der polnischen Regierung stark geförderten Nachforschungen nach neuen heimischen Rohstoffquellen für eine eigene Rüstungsindustrie wurden vor allem dadurch hervorgerufen, daß die wichtigsten Rohstoffvorkommen und Industriegebiete Polens in unmittelbarer Nähe der Landesgrenzen liegen und zudem in Grenzbezirken, die starke fremde Volksgruppen aufweisen. Damit fehlt natürlich die Garantie für eine ununterbrochene Tätigkeit der Rüstungsindustrie in Kriegszeiten. Nun besitzt aber Polen weiter im Innern des Landes, in dem Raum Warschau—Łódź—Kielce—Radom, Gebiete, die große, bisher kaum erschlossene Reichtümer an kriegsindustriell wichtigen Rohstoffen bergen. Die zentrale Lage im Weichselbogen, die guten Verkehrsbedingungen und das Vorhandensein von Energiequellen in Gestalt noch nicht genutzter Wasserkräfte¹⁾ ließen den mittelpolnischen Raum ganz besonders geeignet erscheinen, die neuen rüstungsindustriellen Unternehmungen aufzunehmen.

Die Entwicklung der Rüstungsindustrie in dieser Gegend wurde vom Staate mit der Gründung einer Anzahl von Fabriken eingeleitet, die selbständige Staatsunternehmungen sind, auf privatwirtschaftlicher Grundlage geführt werden und dem Kriegsministerium unterstehen, wie z. B. die staatliche Pulverfabrik in Zagórzdon, die staatliche Patronenfabrik in Starzyńsko u. a. Dazu kam die Errichtung hereseigener Werke, die vom Etat des Kriegsministeriums unterhalten werden müssen. Auch die Privatwirtschaft begann allmählich regeren Anteil an der Ausgestaltung der Rüstungsindustrie zu nehmen. Nach einer Äußerung des damaligen polnischen Kriegsministers, des Generals Sikorski, sollen allein im Jahre 1926 40 Betriebe neu errichtet sein, die mittelbar oder unmittelbar der Rüstungsindustrie dienen. Allein in vielen Fällen wich die Privatindustrie den Bemühungen der Regierung aus, die darauf gerichtet waren, die für Rüstungszwecke notwendigen Industriezweige in das Bereich des neuen Rüstungsschwerpunktes zu ziehen. Der örtliche Mangel an Kohle, der bisher noch nicht durch den möglichen Ausbau der Wasserkräfte behoben ist, mußte und muß die Wirtschaftlichkeit vieler Betriebe Mittelpolens gegenüber den in Ostobereschlesien liegenden stark herabsetzen. Daher ist auch das Kriegsministerium gezwungen, dauernd hohe Subventionen an die Staatsbetriebe zu zahlen.

Einen Anreiz für die Privatindustrie, in dem neuen Industriezentrum größere Investitionen anzulegen, sollte eine Verordnung des polnischen Staatspräsidenten vom Frühjahr 1928 bilden. Durch diese Verordnung wurde eine Kriegsgürtelzone in dem Raum südlich von Warschau geschaffen. Jedes innerhalb dieser Zone neu gegründete wehrwirtschaftlich wichtige Unternehmen hat Anspruch auf bestimmte Vergünstigungen. Das Gesetz sieht Erleichterungen beim Grundenerwerb und Steuererlaß für die Dauer von zehn Jahren vor, dazu kommen besondere Tarife für die Entnahme von Strom, bei der Benutzung der staatlichen Verkehrsmittel u. a. m. Die Wirtschaftskrise, die bald darauf begann, traf manche der inzwischen neu entstandenen Betriebe schwer; und zur Zeit hat man den weiteren rüstungsindustriellen Ausbau Mittelpolens, wenn auch nicht aufgegeben, so doch für unbestimmte Zeit zurückgestellt. Der Kapitalmangel in Polen, der den Ausbau der mittelpolnischen Wasserkräfte immer wieder hinauschoß und damit die hier inzwischen emporgewachsenen Industrien auf weit entfernte Kraftquellen verwies, hat sich so für die rüstungsindustrielle Entwicklung Polens sehr ungünstig ausgewirkt.

Neben dem mittelpolnischen Rüstungszentrum ist heute das schlesische Gebiet — ganz abgesehen von seinen Rohstoffschätzen, die sich eben nicht verpflanzen lassen —

als Rüstungsbezirk immer noch von Bedeutung. Hinter diesen beiden Rüstungszonen treten die sonst nur punktweise über das Land zerstreuten Rüstungsindustrien, wie in Posen und Lemberg, bereits stärker zurück. Innerhalb des Weichselbogens liegt das Schwergewicht der Rüstungsindustrie bei Radom und im Kamiennatal, wenn wir von Warschau absehen, das eine ganz überragende Stellung einnimmt. Der Fabrikort Dstrowiec auf beiden Ufern der Kamienna hat heute 30000 Einwohner bereits überschritten. Das große Dstrowiecer Hochofenwerk mit seinen mehr als ein Duzend großen Schornsteinen liegt weit sichtbar als Fremdkörper mitten in der reinen Agrarlandschaft. In einer Länge von rund 45 Kilometern dehnen sich zwischen Dstrowiec und Dronsk die Erzgruben der „Dstrowiecer Hoehöfen und Werke A. G.“. Und weiter aufwärts im Kamiennatal, in dem großen Waldgebiet des polnischen Mittelgebirges, liegt der Industrieort Starachowice mit einer Geschützgießerei, mit mehreren Hoehöfen und Großschornsteinen, um ein zweites der wichtigsten Rüstungszentren im Kamiennatal zu nennen.

Auf Grund der letzten genaueren Aufstellung über die polnischen Rüstungsindustriellen Unternehmungen, die dem Verfasser zur Verfügung stand und die etwa 40 Betriebe umfaßt²⁾, ergibt sich, daß 1929 hier von bereits 70 v. H. in Mittelpolen (in Warschau allein 42 v. H.), 15 v. H. in Oberschlesien und der Rest im übrigen Polen. Nehmen wir die Arbeiterzahlen, so entfallen etwa 80 v. H. auf den zentralpolnischen Raum mit Warschau, ohne Warschau rund 50 v. H. Dem Streben der polnischen Militärkreise nach einer Konzentrierung der Rüstungsindustrie im Landesinnern kann man auf Grund dieser Zahlen einen Erfolg nicht abstreiten, einen Erfolg, der ohne die inzwischen aufgetretenen Schwierigkeiten in der Wirtschaftslage des polnischen Staates sicher noch größer sein würde.

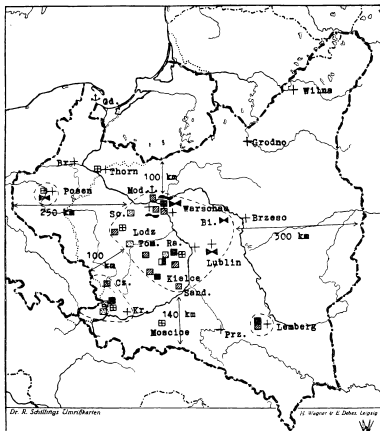
Sprengstoff- und Munitionsfabriken

Auf alle die zahlreichen, bis heute in Polen entstandenen Rüstungsbetriebe im einzelnen einzugehen, verbietet die Dürftigkeit und Unsicherheit des Quellenmaterials. Doch sollen wenigstens die größten und wichtigsten der vorhandenen Rüstungswerke behandelt werden.

Am günstigsten liegen für Polen die Verhältnisse in der Herstellung von Pulver und Sprengstoffen. Fünf größere Fabriken dieser Art bestehen zur Zeit³⁾. Von diesen liegen zwei in Ostoberschlesien, drei in Mittelpolen links der Weichsel. Die „Oberschlesische Sprengstoff-Fabrik Dswag“ in Groß-Lazisek (Kreis Pleß), 1921 als Kommanditges. gegründet und später in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, hat sich in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg gut entwickelt. Sie übernahm die Fabrikanlagen, die bereits im Jahre 1910 von einer deutschen Grubenverwaltung errichtet worden waren. Die „Aktiengesellschaft Vignozza“ in Kattowitz vermehrte ihren Umfang durch mehrere Neubauten ganz wesentlich zu erweitern. Nach dem Urteil von Fachleuten sollen die mächtigen Anlagen dieses Werkes selbst mit den besten Betrieben Westeuropas einen Vergleich aushalten können. Bereits Anfang der zwanziger Jahre hat die A. G. Vignozza eine neue Zündschnurfabrik sowie eine große Sprengkapselabrik errichtet⁴⁾. Neueren Datums sind die Erzeugnisse der großen Sprengstoff-Fabrik „Nitrat“ bei Lomaszow sowie die Nitroglycerin-Gewinnung in der Kunstseidenfabrik von Sochaczew. Wenig rühmlich gestalteten sich die ersten Jahre des Bestehens der Staatlichen Pulverfabrik (Państwowa Wytwornia Prochu) in Zagodzow (Pionki bei Rozienice). Die Leitung des staatlichen Sprengstoffwerkes lag anfangs in durchaus unsachmännischen Händen; die Fabrik stand allgemein in dem Ruße, vollkommen minderwertige Fabrikate zu liefern. Nach 1928 sieht diese Mißstände bald fort. 1935 erfuhr die Staatlichen Pulverwerke eine nicht unwesentliche Erweiterung durch den Ankauf der Superphosphat- und Schwefelsäurefabrik in Kielce. Die Tätigkeit der angeführten Pulver- und Sprengstoff-Fabriken ermöglicht es der polnischen Wehrmacht bereits seit längerer Zeit, ihren Bedarf an Pulver und Sprengstoffen voll und ganz im Inland zu decken und daneben noch Mobilmachungserferven niederzulegen. Auch im Kriegsfall dürften, vorausgesetzt, daß alle Werke in Betrieb sind, die erhöhten Anforderungen an Pulver und Sprengstoffen erfüllt werden können.

Der Friedensbedarf an Munition, an Infanterie- und Artilleriegeschossen, vermag ebenfalls im Lande gedeckt zu werden. Etwa sieben größere Betriebe, die sich mit der Herstellung von Munition beschäftigen, liegen im mittel-

Die räumliche Verteilung der polnischen Rüstungsindustrie



- | | | |
|-------------------------------|---------------------|-------------------|
| ☐ Sprengstoff- u. Pulverfabr. | ■ Geschützglesserei | ✈ Flugzeugind. |
| ☒ Munitions-Herstellung | ⊞ Chem. Industrie | ⚙ Motorenwerk |
| ■ Waffenfabrik | + Ing.-Werkstätten | ⌒ u. Waffenhäuser |
| | | ⌒ Werft |

polnischen Rüstungsbezirk, je einer in Lschenslochau und Lemberg. In Warszawa und seiner Umgebung (Rembertow, Praga) ist die Munitionsherstellung besonders konzentriert. Die staatliche Patronenfabrik in Skarzynsko bei Konstka ist mit eine der bedeutendsten Munitionsfabriken Polens. Weiter zur Weichsel hin bei Radom liegen die großen Anlagen der Staatlichen Infanteriegeschos-Fabrik. Daneben sind in erster Linie die Patronen- und Artilleriegeschos-Fabriken „Pocisk“ in Rembertow und Warszawa zu nennen. In welchem Umfang sich die Mechanischen Fabriken in Thorn noch mit der Anfertigung von Mienen beschäftigen, entzieht sich unserer Kenntnis. Bei weiterem Ausbau der

Munitionsherstellung in Polen ist durchaus damit zu rechnen, daß auch in Kriegszeiten keine Schwierigkeiten auftreten werden, den Bedarf im Inland zu befriedigen.

Die Herstellung von Infanterie- und Artilleriewaffen

Nicht ganz in demselben Maße fortgeschritten ist bisher die Herstellung von Infanteriewaffen, von Gewehren und Gewehreteilen, von Seitengewehren, Handgranaten und Maschinengewehren, wenn sich auch Polen im Frieden mit Gewehren, Handgranaten und seit kurzer Zeit ebenfalls mit Maschinengewehren selbst versorgen kann. Die wichtigsten Waffenfabriken liegen in Warschau, im polnischen Mittelgebirge, in Lemberg und bei Sosnowitz an der Grenze von Ostoberschlesien (Modrzzejew Metallurgische Fabriken). Die Handgranatenfabrik „Granat“, die kürzlich dem Fond für die Landesverteidigung 50 000 Handgranaten zur Verfügung stellte⁴⁾, ist von Warschau nach Kielce übersiedelt, wie sich überhaupt das Bestreben bemerkbar macht, das mit Rüstungswerken förmlich übersättigte Warschau mehr und mehr zu entlasten.

Wenn augenblicklich an eine Befriedigung des Kriegsbedarfes an Handfeuerwaffen und Maschinenwaffen durch die einheimische Industrie noch nicht gedacht werden kann, so trifft dies noch viel weniger für die Artilleriewaffen zu. Die Herstellung von Geschützen in nennenswertem Umfang gelang lange Zeit nicht. Heute sind auch auf diesem Gebiet der Rüstungsindustrie gewisse Fortschritte gemacht worden. Einige Werke, in erster Linie die bereits genannte Geschützgießerei in Starachowicze in Mittelpolen, liefern bereits eine Reihe von Artilleriewaffen.

Die Automobilindustrie

Polen, das noch vor kurzer Zeit keine Automobilindustrie hatte, baut heute selbst Kraftwagen, Panzerkraft- und Kleinkampfwagen. Freilich steht und fällt die gesamte Produktion mit der Aufrechterhaltung des Betriebes der Staatlichen Ingenieur-Werkstätten in Warschau, der einzigen Stelle in Polen, die den Bau von Kraftfahrzeugen betreibt. Die ersten Ansätze und Versuche zur Schaffung einer eigenen Automobilindustrie lassen sich um 1923 feststellen. In Gieschowiec bei Warschau wurde die Fabrik „Ursus“ gebaut, die auf Grund von Lizenzen der italienischen Wagen „Epa“ Kraftwagen unter dem Namen „Ursus“ herstellen sollte. Das Unternehmen scheiterte jedoch bald, wie auch alle privaten Versuche, eine Automobilindustrie ins Leben zu rufen, zum Mißerfolg verurteilt waren.

Erst 1928 nahm die polnische Regierung die Angelegenheit wieder auf, in erster Linie auf Drängen des Kriegsministeriums. Die bereits bestehenden Zentralen Militärischen Automobilwerkstätten und die Fabrik „Ursus“ wurden mit den Staatlichen Ingenieur-Werkstätten vereinigt. Die Heeresverwaltung baut hier heute den Lastwagen „Ursus“, der nach der Lizenz der schweizerischen „Saurer“-Werke hergestellt wird. Die Biertonner sind mit Dieselmotoren ausgerüstet, die von der Fabrik „Ursus“ geliefert werden. Die ersten Wagen dieser Art, die ganz im Lande selbst hergestellt wurden⁵⁾, kamen im Mai vorigen Jahres heraus. Als Ersatz für die bisher in der polnischen Armee Verwendung findenden Panzerkraftwagen tritt immer mehr der polnische Wagen „Ursus“ in Erscheinung, der mit der Zeit die ausländischen Typen in der Armee völlig verdrängen soll⁶⁾. Mit allen Mitteln versucht die polnische Rüstungsindustrie bereits, ihre Panzerkraftwagen und kleinen Kampfwagen (tanketka) auf ausländischen Märkten abzusetzen. Vorführungen polnischer Panzertruppen in Estland und Rumänien verfolgten deutlich diesen Werbe- und Propagandazweck.

Eine private Automobilindustrie in Polen zu schaffen, ist bisher nicht gelungen. Die wiederholten Versuche, eine der amerikanischen Firmen, wie Ford oder General-Motors, zur Errichtung einer Montagewerkstatt oder gar eines eigenen Werkes zu veranlassen, sind ergebnislos geblieben. Vor einigen Jahren wurde ein Vertrag mit den italienischen Fiat-Werken abgeschlossen, die in Warschau bei den Staatlichen Ingenieur-Werkstätten eine Montagewerkstatt errichteten. Es hat Jahre gedauert, bis eine einigermaßen nennenswerte Herstellung des sogenannten „polnischen Modells Fiat 508“ in Gang gebracht werden konnte. Ganz abgesehen von dem hohen Fabrikpreis sind die Erfahrungen, die die Heeresverwaltung mit diesen Fiatwagen gemacht hat, nicht besonders befriedigend gewesen. Die von den Staatlichen Ingenieur-Werkstätten gebauten Wagen genügen nicht einmal, um den geringen polnischen Kraftwagenbedarf zu decken.

Im Jahre 1933 erließen der polnische Kriegs- und Innenminister eine gemeinsame Verordnung, die als Ergänzung zu dem bereits bestehenden Mobilmachungsgesetz für die Zwecke der Landesverteidigung auch die Zurverfügungstellung von Privatkraftwagen, Motorfahrzeugen und Fahrrädern²⁾ bestimmt. Polen vermag in dieser Hinsicht seine Wehrmacht wenig zu unterstützen. Der niedrige Stand der Motorisierung in Polen ist bekannt³⁾. Die letzten Jahre haben einen nicht unbeträchtlichen Rückgang des Bestandes an Kraftfahrzeugen gebracht. Nur im Heereskraftfahrzeugwesen läßt sich eine Zunahme feststellen. Während die Personenkraftwagen, die im Kriegsfall als Verbindungsmittel dienen, für diese Zwecke noch ausreichen würden, wenn sie neuer Konstruktion und in gutem Zustand wären, fehlt es stark an Schleppern, Traktoren, Last- und Sanitätskraftwagen, sowie Motorrädern⁴⁾. Es gab Kraftfahrzeuge in Polen am 1. Januar 1935: insgesamt 34 173 Kraftwagen und sonstige mechanisierte Fahrzeuge (davon registriert 24 821), darunter 18 334 Personenkraftwagen, 1542 Autobusse, 4945 Lastkraftwagen, 8 305 Motorräder, 1047 andere mechanische Fahrzeuge.

Die Staatlichen Ingenieur-Werkstätten dürften im Kriegsfall nicht imstande sein, den Bedarf des Heeres an Panzerkraftwagen und anderen Motorfahrzeugen, ganz zu schweigen von Tanks, zu decken. Die sonst im Lande vorhandenen Kraftfahrzeuge reichen bei weitem nicht aus für die Bedürfnisse der Armee. Außerdem sind sie zum größten Teil überaltert. Da Ersatz für verlorengegangene Kraftfahrzeuge im Lande selbst nicht geschaffen werden kann, ist Polen im Ernstfall fast gänzlich auf Einfuhr angewiesen. Die polnische Regierung ist sich dieses Mangels seit langem bewußt. Erst im vergangenen Jahr wieder wurden neue Ansätze gemacht, eine stärkere Motorisierung des Landes zu erreichen. So wurde im Rahmen des Verbandes der polnischen Metallindustriellen eine Fachgruppe der Motorisierungsindustrie gegründet. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Politik auf dem Gebiete der Motorisierung schuf man eine interministerielle Kommission für die Fragen der Motorisierung des Landes. Alle im Zusammenhang mit der Motorisierung stehenden Verordnungen werden erst erlassen nach ihrer Begutachtung durch diese Kommission, die beim Wehrministerium amtiert. Alle diese Maßnahmen können aber nicht den Mangel an einer eigenen Kraftfahrzeugindustrie in Polen beseitigen. Bis zur völligen Unabhängigkeit Polens in der Versorgung mit Kraftfahrzeugen ist noch ein weiter Weg.

Die Flugzeugindustrie

Erfolgreicher waren die polnischen Anstrengungen zur Schaffung einer heimischen Flugzeugindustrie. Mit der Herstellung von Kriegslugzeugen sind zur Zeit vier Fabriken beschäftigt: 1. die Firma Plage-Laskiewicz in Lublin, das älteste Unternehmen; 2. die Podlaska Wytwornia Samolotow in Biala Podlaska, 1926 gegründet, die über sehr geräumige und moderne Werkstätten verfügt; 3. die Panstwowe Zaklady Lotnicze (Staatliche Flugzeugwerke) in Warschau, deren Flugzeuge mit P. Z. L. gekennzeichnet sind und die hauptsächlich Jagdflugzeuge herstellen; 4. die Flugzeugfabrik in Posen, die dem Warschauer Werk angegliedert ist. Flugzeugmotoren werden in zwei Werken in Warschau gebaut. Einmal in der polnischen Niederlassung von Skoda, die Mitte März 1935 von der polnischen Regierung angekauft wurden. In den Besitz des polnischen Staates sind damit die Flugzeugwerkstätten in Dkencie bei Warschau (ohne das Elektrizitäts- und Kabelwerk) übergegangen. Die Kaufsumme ist nicht genau bekannt. Sie wird von russischer Seite mit 20 Millionen Floty angegeben⁵⁾. Das zweite Flugzeugmotorenwerk ist die Fabrik „Avia“ in Warschau.

In den Jahren 1923-25 stand der französische General Lewec an der Spitze der polnischen Flugstreitkräfte, der auch den Plan für den weiteren Ausbau der Fliegerei ausarbeitete. Der General beabsichtigte hierbei nicht, die polnische Flugzeugindustrie zu fördern, sondern trat für den Ankauf von Flugzeugen und Motoren im Ausland ein. Es wurden in dieser Zeit Aufträge auf die Lieferung von 1000 Flugzeugen und 2000 Motoren vergeben⁶⁾. Die Initiative in der Schaffung einer vom Auslande möglichst unabhängigen Flugzeugindustrie lag in der ersten Zeit lediglich bei der Privatindustrie. Als einzige Fabrik beschäftigte sich die Firma Plage und Laskiewicz in Lublin mit dem Flugzeugbau. Die Motoren wurden noch durchweg aus dem Ausland, in erster Linie aus

Stafen bezogen. Unglücksfälle kamen infolge von Konstruktions- und Materialschlechten häufig vor.

Nach dem Maiumsturz Piłsudskis gelangte dann an die Spitze der polnischen Luftstreitkräfte Oberst Kaiski, der alles tat, um das Land hinsichtlich der Flugzeugindustrie mehr oder weniger unabhängig vom Ausland zu machen. Die Zahl der in der polnischen Flugzeugindustrie beschäftigten Arbeiter stieg von 2500 im Jahre 1927 auf 5000 im Jahre 1931¹⁴⁾. Bereits 1932 konnte der Wizeginister berichten, daß die heimische Flugzeugindustrie 97 v. H. des gesamten Bedarfs decke. Den Aufschwung der Luftfahrt zeigt auch das Wachstum der Uebungsflüge:

	1930	1933
Uebungsflüge	141 000	196 000
Flugstunden	28 653	55 376

Schon 1932 kamen die polnischen Jagdflugzeugmuster auf über 400 km/std und waren mit die besten europäischen Muster dieser Art.

Mit Ausnahme von einigen Zubehörteilen und Geräten versorgt sich, was Rohstoffe und Herstellung anbetrifft, Polen zur Zeit selbst mit Flugzeugmaterial. Die Produktionsmöglichkeit der Flugzeugindustrie stellt sich bei einer Inanspruchnahme von 50 bis 60 v. H. im mittlereen auf 500 bis 600 Flugzeuge und 300 bis 400 Flugmotoren jährlich. Nicht eingerechnet sind hier die Reparaturarbeiten. Die polnische Flugzeugindustrie stellt Flugzeugserien einheimischer Flugzeugmodelle (Jagd- und Erkundungsflugzeuge, leichte Bomber), sowie Serien auf Grund erworbener Lizenzen her. Polen ist bereits in der Lage, eine ganze Anzahl von Flugzeugen auszuführen (nach Rumänien), in erster Linie Jagdflugzeuge. Müßlich ist, daß der Motorenbau hinter dem Flugzeugbau nachhinkt. Die beiden Motorenwerke in Warschau können jährlich nur etwa 300 Motoren herstellen. Gebaut werden hauptsächlich ausländische Modelle auf Lizenzen. Die eigenen Konstruktionen befinden sich noch im Versuchsstadium. Einige dieser neuen, ausschließlich aus polnischem Material und in polnischen Werkstätten hergestellten Flugzeugmotoren führte der damalige Wizeginister Sklabkowski bei den Verhandlungen über das polnische Heeresbudget in der Budgetkommission des Sejm am 25. und 26. Januar 1934 vor¹⁵⁾. Im Kriegsfalle wird vorläufig noch eine ziemlich große Einfuhr von Motoren notwendig sein.

Wenn man berücksichtigt, unter welchen wirtschaftlichen Verhältnissen und in welcher Zeit sich die polnische Flugzeugindustrie aus dem Nichts zu ihrer heutigen Höhe aufgeschwungen hat, muß man ihr höchstes Lob sollen. Die Flugzeugherstellung in Polen steht heute auf einer beachtlich hohen Stufe. Besonders das Lubliner Werk leistet ganz vorzügliches und ist in der letzten Zeit mehrere Male mit überraschenden und erfolgreichen Konstruktionen hervorgetreten. Die vier genannten Flugzeugwerke sind nicht die einzigen in Polen. Außer ihnen gibt es noch eine Reihe kleinerer Werkstätten und ausgezeichnete Sportflugzeugfabriken. Es bedarf nur einer Steigerung des Motorenbaus, um auch im Kriegsfalle gerüstet zu sein.

Auf Schwierigkeiten stößt augenblicklich noch immer die Herstellung von optischen und Vermessungs-Instrumenten. Darauf ist auch die Ausrüstung der Flakbatterien mit modernen Ansprüchen nicht gerecht werdenden Beobachtungs- und Kommandogeräten, die erst jetzt allmählich durch bessere ersetzt werden, mit zurückzuführen.

Der Schiffbau

Nicht besser steht es im Schiffbau. Die Werften in Modlin und neuerdings auch in Gdingen können nur kleine Boote bauen. Die polnische Marine hat zwar durch die Bestellung von Trawlern, Kanonenbooten, Kuttern und Motorbooten auf polnischen Werften zur Belebung der polnischen Industrie beigetragen. Der Bau von Minenlegern, Zerstörern und U-Booten muß jedoch immer noch ins Ausland vergeben werden.

Nach einer Nachricht der „France Militaire“ (vom 19. 1. 1936) wurde vor kurzem ein Fünfjahresplan angenommen, um Polen auch im Schiffbau vom Ausland freizumachen. Bis zum 1. Januar 1941 sollen in Gdingen vier Hellinge für Schiffsgrößen zwischen 2500 und 12000 t angelegt werden. Dann könnte Gdingen bei einer Werftausdehnung von 46 ha, davon 10 ha Wasserfläche, Neubauten und Reparaturen an allen Schiffen außer Schlachtschiffen vornehmen.

Die kriegschemische Industrie

Schließlich noch einige Worte über die heute so wichtige kriegschemische Industrie, die seit der Aufrichtung des polnischen Staates ein sehr rasches Entwicklungstempo anschlug. Polen hat besonders hier unter der tatkräftigen Förderung des jetzigen Staatspräsidenten Mosicki, der Chemieprofessor ist, Bedeutendes geleistet. In den letzten Jahren hat man auch die Fabrikation von Diffousgas und anderen technischen Gasen in Angriff genommen. Gasmasken und Gaskampfstoffe kann Polens chemische Industrie heute in ausserordentlichem Umfang selbst herstellen. Die Erzeugnisse der fusionierten Staatlichen Stickstoffwerke Chorzow (Dberschlesien) und Moscice (bei Larnow in Westgalizien) spielen für den Gaskrieg eine hervorragende Rolle. Die Fabrik in Chorzow war früher Eigentum des Deutschen Reiches und gehörte zu den größten Stickstoff-Fabriken in Europa¹⁾. Der polnische Staat hat diese Werke, deren Umsatz beständig stieg, erheblich erweitert. Bei Larnow wurde eine zweite Stickstoff-Fabrik vom Staat unter erheblichen Kosten in den Jahren 1927/31 erbaut²⁾. Weitere wichtige kriegschemische Werke liegen in Posen, Lhorn und Mittelpolen. Hier verdient die Fabrik zur Herstellung von Gasmasken in Radom besondere Erwähnung. Für den Gaskrieg ist Polen also gut vorbereitet.

Das Ziel der Selbstversorgung ist noch nicht völlig erreicht

Polen hat sein Ziel, die polnische Wehrmacht in der Belieferung mit Kriegsmaterial unabhängig vom Ausland zu machen, heute noch nicht ganz erreicht. Der Ausbau der polnischen Rüstungsindustrie, die aus Gründen der Sicherheit ins Landesinnere verlegt wurde, schien anfangs in einem amerikanischen Tempo stattzufinden. Die Erfolge waren jedoch nicht dementsprechend. Die privaten Wirtschaftskreise nutzten vielfach die Zwangslage des Staates aus. Sie betrachteten die großen Subventionen der Regierung als bequemes Mittel zur Bereicherung, beeilten sich aber mit den Gegenleistungen in Gestalt von Lieferungen an die Wehrmacht nicht sonderlich. Erst die auf den Staatsreich Pilsudski im Mai 1926 folgenden Jahre gaben die Möglichkeit, unter höchster Anspannung der staatlichen Finanzen das begonnene Werk tatkräftig weiter zu führen. In die ganze Entwicklung der Rüstungsindustrie kam ein neuer Zug. Das Tempo ist viel langsamer geworden, es wird jedoch zielbewußter und zweckmäßiger vorgegangen. Die Korruptionsercheinungen haben mehr und mehr aufgehört; das Kriegsministerium hat zahlreiche Lieferungsverträge annulliert; den Unternehmungen wird scharf auf die Finger gesehen. Immer mehr geht man von Einzelkonstruktionen, deren Benutzbarkeit unter Berücksichtigung der polnischen Verhältnisse erprobt werden muß, zur Serienherstellung über.

So ist man dem Ziele der rüstungsindustriellen Unabhängigkeit in Friedenszeiten trotz der ungünstigen finanziellen Lage des Staates recht nahe gekommen. Der Friedensbedarf der polnischen Armee an Sprengstoffen, Pulver und Munition, an Gewehren und Gewehrteilen, an Handgranaten, Kraftfahrzeugen, Panzerkraftwagen und Kleintanks, an Flugzeugen und Mitteln des Gaskrieges kann voll und ganz im Inland gedeckt werden. Im Kriegsfalle dürfte jedoch noch eine nicht unbeträchtliche Einfuhr von Heeresmaterial, in erster Linie von Maschinenwaffen, Geschützen und Motorfahrzeugen, nötig werden. W. Marquardt

¹⁾ bis 60 PS/qmk zwischen Radom und der Weichsel, dal. auch die Karte bei J. Demich, die Waffschäfte in Polen, Wladomosci geograficzne, 1930. — ²⁾ J. Rabajski, „Polen bereitet sich zum Kriege vor“ (russ.), Moskwa 1929. — ³⁾ Das „Rote Staffische Jahrbuch von Polen“ führt seine Zehre auf die bis am 31. 12. 1932 mit der Herstellung von Sprengstoffen beschäftigten (S. 64). — ⁴⁾ G. Poralla, „Aus der polnischen Sprengstoffindustrie“, Zeits. für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen, 1925. — ⁵⁾ J. „Gazeta Polska“ vom 12. 5. 1936. — ⁶⁾ Fabrikserie in der Röhre- und Lanthornfabrik gebaut, Karrieren und Motoren in den Staatlichen Ingenieur-Werkstätten. — ⁷⁾ 51, 50 bis 60 km/st. Bemessung: ein 3,7 cm Gesch. 2 M. B. (leichtere Form ohne Weichh.). 4 Mann Besatzung — ⁸⁾ „Olszewski“ 1935, Heft 4 — ⁹⁾ Die Fabrikation von Fahrzeugen für Bergeweide findet in Radom statt, wobei fast ausschließlich inländisches Material verwendet wird. J. Deutsche Wehr, 1932, S. 523. — ¹⁰⁾ Auf 1000 Einwohner fallen 1933 Kraftwagen in Polen: 0,51 Nummern: 1,7; Datschka: 9,4; Fiat: 35,0 — ¹¹⁾ J. „Gazeta Polska“ vom 8. 11. 1934. — ¹²⁾ J. Lancer „Polen und seine Armer“ (russ.), Moskwa 1935. — ¹³⁾ Strehnowski, „Die polnischen Luftwaffen“ (russ.), Wolna i Rewolucija, Nov./Dec, 1933, S. 95 ff. — ¹⁴⁾ J. Strehnowski z. v. d. — ¹⁵⁾ Motor „Sapator“, bestimmt für einhändige Jagdflüge, Motor „Meris VI S. 2“ von 535 PS. — ¹⁶⁾ Der Gesamtwert der Anlagen wird auf 250 Millionen Zloty geschätzt. — ¹⁷⁾ Im erheblichen und außerordentlichen Etat der Rechnungsjahre 1927/31 erschienen 18,45 Millionen Zloty für das Werk in Larnow; die wirklichen Aufwendungen waren noch erheblich höher.

Deutschlands Handel mit dem Südosten

Von den verschiedensten Seiten und mit den verschiedensten Mitteln ist seit dem Kriege versucht worden, Deutschlands Einfluß auf die südosteuropäischen Staaten zu unterbinden. Das gilt auf politischem ebenso wie auf wirtschaftlichem Gebiet. Alle diese Versuche haben aber letzten Endes nicht die durch Natur und Geschichte bedingte gegenseitige Verbundenheit Deutschlands und des europäischen Südostens umzustürzen vermocht. Das zeigt sich in der Entwicklung der deutsch-südöstlichen Handelsbeziehungen während der letzten Jahre. Bis auf das stark industrialisierte Oesterreich sind die südosteuropäischen Staaten vorwiegend agrarischer Struktur. In Südslawien und Bulgarien sind 80 v. H., in Rumänien und Ungarn über 70 v. H. der Bevölkerung in landwirtschaftlichen Berufen beschäftigt. Auch in Griechenland und der Tschechoslowakei spielt die Landwirtschaft, trotz der gut entwickelten Industrie vor allem in letzterem Staate, die ausschlaggebende Rolle. Im Export der südöstlichen Länder stehen also landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe, im Import industrielle Produkte voran.

Frankreichs wirtschaftliche Beziehungen zu den mit ihm verbündeten Staaten des Südostens haben seit dem Kriege in der Hauptsache in einer unter politischen Gesichtspunkten stehenden Finanzhilfe bestanden; als Abnehmer agrarischer Erzeugnisse kam und kommt Frankreich, das im eigenen Lande und in seinen Kolonien eine ausreichende Ernährungsbasis besitzt, nur in geringem Maße in Frage. England deckt seinen beträchtlichen zusätzlichen Nahrungsbedarf in den zu seinem Weltreich gehörenden überseeischen Gebieten, mit denen es durch ein System der Vorzugszölle verknüpft ist, bezw. in den handelspolitisch günstiger gelegenen Staaten des europäischen Nordostens. Und was Italien anlangt, das an Südosteuropa ein lebhaftes wirtschaftliches Interesse bekundet, so hat dieses angesichts seiner erfolgreichen Selbstversorgungstendenzen seinen agrarischen Partnern nur verhältnismäßig geringe Absatzmöglichkeiten zu bieten. Es bleibt von den großen Industriestaaten Europas also noch Deutschland. Dieses hat zwar gleichfalls seine innere Ernährungsbasis mit Erfolg auszubauen verstanden; es war aber und ist auch noch heute der naturgegebenen und lohnenden Absatzmarkt für die Agrar- und Rohstoffüberschüsse der südöstlichen Länder.

Der deutsche Außenhandel mit den südosteuropäischen Staaten (mit Oesterreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Südslawien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und der Türkei) ging bis zum Jahre 1933 dauernd zurück. Seit diesem Jahre aber ist er im allgemeinen wieder im Steigen begriffen. Es betrug die deutsche Ausfuhr (in Millionen Reichsmark) nach

	1929	1933	1935
Oesterreich	441,22	120,08	107,94
Tschechoslowakei	667,61	100,08	130,03
Ungarn	146,75	38,08	62,92
Südslawien	162,58	33,84	36,89
Rumänien	164,07	46,03	63,82
Bulgarien	44,69	17,71	39,88
Griechenland	76,76	18,72	49,08
Türkei	72,54	36,32	67,33
Südosteuropa	1 756,22	471,46	597,89

Demnach ging die deutsche Gesamtausfuhr nach Südosteuropa von 1929 bis 1933 von 1756 auf 471 Mill. RM., also auf ein reichliches Viertel zurück; in der Zeit von 1933 bis 1935 erholte sie sich wieder auf 598 Mill. RM. Sie hat 1935 allerdings auch erst ein gutes Drittel des Standes von 1919 erreicht. Ungünstig entwickelte sich die deutsche Ausfuhr nach Oesterreich und der Tschechoslowakei, den beiden am stärksten industrialisierten Staaten des Südostens. Der Ausfuhrrückgang dauerte hier auch im vergangenen Jahre noch an. Im Vergleich zu 1929 ist die deutsche Ausfuhr nach Oesterreich auf ein knappes Viertel und nach der Tschechoslowakei sogar auf ein Fünftel zurückgegangen. Günstiger gestaltet sich die deutsche Ausfuhr nach den anderen Südoststaaten. Die Ausfuhr nach Südslawien hat sich in den letzten drei Jahren etwa auf derselben Höhe erhalten, die nach den anderen Staaten ist in derselben Zeit erheblich,

nach Griechenland, Bulgarien und der Türkei sogar mehr als das Doppelte gestiegen. Der Stand von 1929 ist allerdings noch nirgends wieder erreicht worden; immerhin reicht die Ausfuhr nach Bulgarien und der Türkei doch fast wieder an den Stand von 1929 heran.

Wie die Ausfuhr ist auch die Einfuhr Deutschlands aus den südosteuropäischen Ländern seit 1933 wieder im Steigen, wie aus der folgenden Aufstellung hervorgeht:

	1929	1933	1935
Oesterreich	201,77	57,55	71,07
Tschechoslowakei	480,30	121,68	121,44
Ungarn	89,34	34,18	77,89
Südslawien	60,86	33,47	61,44
Rumänien	210,85	46,18	79,88
Bulgarien	51,19	31,34	41,35
Griechenland	103,72	53,37	58,52
Türkei	75,04	37,87	93,37
Südosteuropa	1 084,67	415,64	604,94

Der Rückgang der deutschen Einfuhr aus den südöstlichen Staaten ist, am Stande von 1929 gemessen, durchweg verhältnismäßig geringer als der Ausfuhrückgang. Die Einfuhr aus Oesterreich hat im vergangenen Jahre ein reichliches Drittel, die Einfuhr aus der Tschechoslowakei etwa ein Viertel derjenigen des Jahres 1929 betragen. Sehr erheblich ist auch der Einfuhrückgang aus Rumänien und aus Griechenland. Die Einfuhr aus Bulgarien und Ungarn nähert sich wieder dem Stande von 1929, die aus Südslawien und der Türkei hat diesen Stand bereits überschritten. Die Einfuhr aus allen südöstlichen Staaten (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) ist in den letzten drei Jahren um etwa 40 v. H. gestiegen. Gestiegen ist vor allem die Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr.

Seinen früher sehr bedeutenden Ausführüberschuß im Handel mit den Südoststaaten hat Deutschland heute verloren. Die Handelsbilanz mit dieser Ländergruppe hat sich im ganzen ausgeglichen. Aktiv für Deutschland ist die Handelsbilanz mit Oesterreich und der Tschechoslowakei. Passiv ist sie mit Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und vor allem mit der Türkei und Südslawien.

Als Bezieger und Lieferant von Waren steht Deutschland in den Südoststaaten weitaus an erster Stelle. Am Außenhandel dieser Staaten ist es im Jahre 1935 wie folgt beteiligt gewesen:

	Einfuhr	v. H.	Ausfuhr	v. H.
Oesterreich	16,9	" "	15,6	" "
Tschechoslowakei	17,3	" "	15,9	" "
Ungarn	22,6	" "	23,9	" "
Südslawien	16,1	" "	18,6	" "
Rumänien	24,4	" "	16,6	" "
Bulgarien	53,5	" "	48,0	" "
Griechenland	"	" "	28,8	" "

Man vergleiche mit diesen Ziffern, nach denen Deutschland am Austauschhandel der Südoststaaten als Abnehmer wie als Lieferant mit einem Sechstel bis zur Hälfte beteiligt ist, den Anteil der Südoststaaten am Gesamtäußenhandel Deutschlands. Dieser Anteil ist in der Einfuhr von 1933 bis 1935 von 9,0 auf 12,3 v. H. und in der Ausfuhr von 9,0 auf 11,5 v. H. gestiegen. Es ist anzunehmen, daß Südosteuropa im deutschen Außenhandel auch weiterhin an Bedeutung zunehmen wird. Die natürlichen Voraussetzungen hierfür sind gegeben; sie lassen sich auf die Dauer auch nicht durch entgegenstehende politische Konstellationen unwirksam machen.

Ostland-Chronik

Die polnische Kolonialforderung

Der polnische Votschafter in Paris, Chlapowski, hielt kürzlich in der französischen Gesellschaft für Handelsgeographie einen Vortrag, in dem er die Forderung nach überseeischem polnischem

Kolonialbesitz aufstellte. Polen, stellte er fest, habe einen jährlichen Geburtenüberschuß von 400 000 Menschen zu verzeichnen, für den es innerhalb seiner Grenzen keine ausreichenden Unterbringungsmöglichkeiten habe. Man müsse da-

her erwarten, daß Polen in der nächsten Zukunft mit der Forderung nach Kolonien hervortreten werde. Er, Głapowski, hoffe, daß Frankreich Polen in dieser Frage unterstützen werde. Im übrigen betonte der Botschafter, daß er hier nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Privatmann und als polnischer Staatsbürger, der die Nöte seiner Heimat kenne, gesprochen habe. Die polnische Presse weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Italien den Polen bereits seine Unterstützung in der Kolonienfrage in Aussicht gestellt habe.

Polnische Polizei erpreßt gefälschte Protokolle

Der Ueberfall von 200 Ausländischen auf eine jungdeutsche Veranstaltung in Rydułtaun scheint noch ein recht bezeichnendes Nachspiel zu erhalten. Der Landesleiter der Jungdeutschen Partei, Senator Wiesner, hatte telegraphisch beim Ministerpräsidenten gegen die Massenederknüppelung deutscher Volksgenossen durch bewaffnete polnische Organisationen protestiert und um Schutz und strenge Untersuchung des Ueberfalles gebeten. Der Chef der Sicherheitsbehörden der Kattowitzer Wojewodschaft hat daraufhin die Zusicherung gegeben, daß ähnliche Vorfälle nicht mehr vorkommen würden, und den deutschen Senator gebeten, auf seine Volksgenossen beruhigend einzuwirken. Nun haben sich bei den polizeilichen Vernehmungen, die in diesem Zusammenhange vorgenommen wurden, aber Dinge ereignet, die die Glaubwürdigkeit dieser amtlichen Zusicherung stark erschüttern und erkennen lassen, daß man auf amtlicher polnischer Seite ein Interesse daran hat, die ganze Angelegenheit zu vernebeln. Einer der von der Polizei vernommenen Deutschen, ein Josef Staniek aus Rydułtaun, veröffentlichte in der deutschen Presse eine eidesstattliche Erklärung folgenden Inhalts: „Ich habe an der am 25. Mai 1938 abgehaltenen Mitgliederversammlung teilgenommen und wurde bei diesem Tumult von uniformierten Ausländischen ins Gesicht geschlagen. Seitens der Polizei wurde ich am 3. Juni 1938 um 14,30 Uhr zur Protokollaufnahme beordert, wo ich mich auch einstellte. Nach Einstellung bei der Polizei wurde mir in höflichem Tone Platz und Rauchwaren angeboten. Ersteres wurde angenommen, letzteres abgelehnt. Nach der Protokollaufnahme habe ich mich nach Verlesen des Proto-

kolls nicht einverstanden erklärt, und nachdem ich dieses nicht unterschreiben wollte, wurde ich von einem Kriminalbeamten mit der Hand ins Gesicht geschlagen. Um weiteren Mißhandlungen zu entgehen, sah ich mich gezwungen, das seitens der Polizei aufgestellte Protokoll zu unterschreiben.“ Vermutlich ist das nach Auffassung der polnischen Presse wieder eine deutsche „Provokation“.

Ueberfälle

In der Nacht zum 7. Juni erschienen vor der Wohnung des deutschen Vertrauensmannes Karl Weinreich in Czermionka (Ostoberschlesien) 12 Polen, die sich zunächst durch falsche Angaben Eingang in die Wohnung des Deutschen zu verschaffen versuchten, und als ihnen das nicht gelang, daran gingen, die Lürge walzsam zu sprengen. Sie ließen jedoch von ihrem Vorhaben ab, als auf die lauten Rufe Weinreichs mehrere Nachbarn herbeieilten. Die Angreifer zogen sich zurück, nicht ohne vorher noch zu drohen, daß sie „alle totschlagen“ würden. — In der gleichen Nacht wurde in Soldau die Turnhalle des Turnvereins von 1879, in der bereits vor einiger Zeit nächtliche Besucher farmatisch gewölkt hatten, von neuem in Mitleidenschaft gezogen. Unerkannt entkommene Täter schlugen die Fensterscheiben der Turnhalle ein.

Beleidigung des Führers in Polen strafbar

In der Frage der fortgesetzten Beleidigungen des Führers und Reichskanzlers durch die Schreiblinge der polnischen Oppositionspresse hat das Oberste Gericht in Warschau jetzt eine grundlegende Entscheidung gefällt. In dem vorliegenden Falle, bei dem es sich um einen Prozeß gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Kattowitzer „Polonia“ handelte, suchte der Verteidiger des Angeklagten, der nationaldemokratische Strafverteidiger Prof. Glaser, geltend zu machen, daß Adolf Hitler nicht als Staatsoberhaupt im rechtlichen Sinne angesehen werden könne, da er nicht auf Grund der Weimarer Verfassung in dieses Amt gelangt sei! Diese Ausrede ist vom Obersten Gericht jedoch als unhaltbar abgelehnt worden. Nicht der Buchstabe des Gesetzes, führte der Staatsanwalt aus, sondern der Gang der geschichtlichen Ereignisse und die rechtsverbindliche Kraft der bestehenden Tatsachen, die von der polnischen Regie-

zung anerkannt worden sind, seien entscheidend. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an. Damit ist die Beleidigung Adolf Hitlers in Polen endlich als strafbar festgestellt worden.

Armee und Eisenbahner in Polen

In Warschau fand am 6. Juni ein Kongreß des „Verbandes zur militärischen Vorbereitung der Eisenbahner“ statt. Der Generalinspekteur der Armee wies in einer kurzen Ansprache auf die militärische Bedeutung des Verkehrs wesens hin. Verkehrsminister Oberst Ulech nahm in seiner Ansprache auf das Anwachsen der kommunistischen Bewegung in Frankreich Bezug. Er warnte vor einem Streik der Eisenbahner, einem Verbrechen, dessen sich kein Pole schuldig machen dürfe. Es dürfe in Polen nicht so weit kommen, wie in anderen Ländern (gemeint war wieder Frankreich), wo die Eisenbahner sich vor die Frage gestellt sähen, ob sie mehr den Befehlen ihrer Regierung oder denen der Komintern gehorchen sollen. Er, der Minister, kenne die mächtige Aktion, die die Kommunisten eben jetzt unter den polnischen Eisenbahnern zu entfalten versuchen, aber er vertraue auf die „Soldaten des Transports“ und hoffe, binnen kurzem dem Oberbefehlshaber die restlose Einsatzbereitschaft des Transports in Kriegs- und Friedenszeiten melden zu können. Die Rede des Verkehrsministers hat Aufsehen erregt: Die starke Betonung des militärischen Momentes ist bezeichnend für Polens gegenwärtigen innerpolitischen Kurs; der demonstrative Appell an den „Verband zur militärischen Vorbereitung“ ist wohl mit Recht als eine Kampfansage an die verschiedenen, zum Teil politisch links stehenden polnischen Berufsverbände aufgefaßt worden; auch ist es wohl das erste Mal, daß ein polnischer Minister die in Frankreich soeben zur Regierung gekommene Volkfront öffentlich abgelehnt hat.

Personalnachrichten

Der bisherige Apostolische Nuntius in Polen, Kardinal Marmaggi, hat seinen Warschauer Posten verlassen. Als sein Nachfolger ist der bisherige Nuntius in Belgard, Monsignore Pelegretti, in Aussicht genommen. Dieser ist in Warschau nicht unbekannt; er war in der Zeit, in der der derzeitige Papst Nuntius in Polen war, Sekretär der dortigen Nuntiatur. — Einer der bekanntesten deutschen

Pressevertreter in Warschau, Johannes Ahlers, hat kürzlich Polen verlassen, um als Vertreter eines deutschen Nachrichtenendienstes nach Paris zu gehen. Ahlers hat in Warschau die „Rattoviger Zeitung“, die Wirtschaftsagentur „Eildienst“ und die „Kölnische Zeitung“ vertreten. Im vergangenen Jahre erschien von ihm unter dem Titel „Polen“ ein Buch, das in brauchbarer Form die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des heutigen polnischen Staates behandelt. — Im Zuge der italienischen Regierungsumbildung wurde an Stelle Savichs der bisherige italienische Botschafter in Warschau, Bastianini, zum Unterstaatssekretär im Außenministerium ernannt.

Wissenschaft und Sport

Die Universität Wilna hat den Direktor des Instituts für Gehirnforschung in Berlin, Professor Oskar Vogt, zum Ehrendoktor ernannt. Wie die Polnische Telegraphenagentur hervorhebt, ist das die erste derartige Ehrung, die einem deutschen Gelehrten von polnischer Seite zuteil wird. — Im Rahmen des Internationalen Reitturniers in Warschau wurde am 4. Juni der Wettbewerb um den „Preis der polnischen Armee“ durchgeführt. Den 1. und 2. Platz in diesem schwersten Wettbewerb des Turniers belegten zwei deutsche Offiziere, Rittermeister von Barnekow und Leutnant Hassle. Den „Preis der ausländischen Armeen“ errang die deutsche Reiterin, Frau von Opel, die als einzige Frau gegen 83 Offiziere antrat. Auch im „Preis der Nationen“ trug die deutsche Mannschaft den Sieg über die mitangetretenen rumänischen, polnischen, lettischen und französischen Reiter davon. — Am 4. Juni traf Reichssportführer von Eschammer und Osten in Warschau ein, auf dem Flughafen von Botschafter von Mollke und Vertretern des polnischen Olympia-Komitees begrüßt. In seiner Gegenwart fand ein deutsch-polnisches Wett-Turnen statt, zu dem die deutschen Reisterturner eingetroffen waren. Sie gingen aus dem Wettkampf in der Gesamtwertung als Sieger hervor. — Zum IV. Internationalen Gemeindefongress in Berlin-München hatte Polen etwa 30 Delegierte entsandt. Unter diesen befinden sich die Bürgermeister mehrerer größerer Städte Polens, der Direktor der Selbstverwaltungsabteilung im Warschauer Innenministerium, der Direktor des Arbeitsfonds, ein höherer Beamter des Finanzministeriums und andere Behördenvertreter.